

The Implementation of Human Rights before Judicial Institutions in Montenegro

RUNDTISCHGESPRÄCH MIT RECHTSEXPERTEN

Die Republik Montenegro hat mit dem Referendum vom 21. Mai 2006 seine Unabhängigkeit gewonnen. Für den jungen souveränen Staat, seine Institutionen und Bürger bedeutet dies, dass sie sich nicht länger mit dem Verweis auf die Föderation mit Serbien ihrer Verantwortung für den Abschluss des Transformationsprozesses und den Aufbau eines demokratischen, auf rechtsstaatlichen Grundsätzen beruhenden Verfassungsstaates entziehen können: „Jetzt stehen wir alle in der Pflicht, den Reformprozess so erfolgreich und schnell wie möglich voranzutreiben und abzuschließen.“ Mit diesem Appell wandte sich Aleksa Ivanovic vom Center for Democracy and Human Rights Montenegro (CEDEM) an die fast fünfzig Teilnehmer eines Rundtischgesprächs zum Thema "The Implementation of Human Rights before Judicial Institutions in Montenegro", welches das Rechtsstaatsprogramm für Südosteuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung (RSP SOE), CEDEM und die Foundation Open Society Institute (OSI) vom 16. – 18. November 2006 in Becici (Montenegro) organisiert haben.

Unter den Teilnehmern befanden sich Richter unterschiedlicher Instanzengerichte Montenegros, Staats- und Rechtsanwälte sowie Vertreter des Zivilsektors. Aufgrund des breiten Themenspektrums wurde das Rundtischgespräch trotz seines prima facie thematisch eng umgrenzten Zuschnitts unversehens zu einem Gespräch über die wesentlichen Herausforderungen, vor denen das Land hinsichtlich des Aufbaus und der

Konsolidierung eines leistungsfähigen Rechtsstaats steht, in dem die Freiheit und das Recht des Menschen und Bürgers im Staat und gegenüber der Staatsgewalt in allen ihren Erscheinungsformen gewährleistet werden.

Organisatoren, Referenten und Teilnehmer während des Rundtischgesprächs: Die Herausforderungen, vor denen Montenegro hinsichtlich der Reform des Justizwesens sowie der Schaffung einer neuen Verfassung steht, sind groß. Der Wille der Beteiligten, den begonnenen Demokratisierungsprozess konsequent fortzusetzen und für das Land die bestmöglichen Lösungen zu finden, ebenfalls.

REFERENTEN, VORTRAGS- UND DISKUSSIONSBEITRÄGE

Die Veranstaltung war so konzipiert, dass einheimische Rechtsexperten Vorträge zu den unterschiedlichen Aspekten gehalten haben, die für die gerichtliche Durchsetzung von Menschenrechten in Montenegro relevant sind (nähere Informationen können dem beigefügten Programm entnommen werden). An die Vorträge schloss sich eine jeweils halbstündige Diskussion an. Als Referenten waren für das Rundtischgespräch hochrangige Vertreter der Republik Montenegro aus dem Bereich Justiz und Inneres sowie der Wissenschaft verpflichtet worden. So zählten zu den Referenten der Vorsitzende des Verfassungsrates von Montenegro, Dr. Mija Sukovic, der Richter am Obersten Gericht Montenegros, Petar Stojanovic

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDOSTEUROPA

STEFANIE RICARDA ROOS

Mai 2006

www.kas.de/soersp

www.kas.de

und der Präsident des Gerichtes erster Instanz von Podgorica, Zoran Pažin. Sowohl die Vortrags- wie die Diskussionsbeiträge zeichneten sich durch eine durchgehend sehr hohe Qualität aus. Sie haben deutlich gemacht, dass die Reformdiskussion in Montenegro sachlich verläuft und nicht, wie in anderen Ländern der Region, primär politisiert und personalisiert wird. Im Einzelnen:

1. Garantie der richterlichen Unabhängigkeit und Verantwortlichkeit

Grundvoraussetzung für die effektive Durchsetzung von Menschenrechten vor gerichtlichen Instanzen ist die Existenz unabhängiger Gerichte im Rang einer Dritten Gewalt, die ein konstitutives Element des Rechtsstaats ist. Im Zentrum des ersten Seminartages stand daher die richterliche Unabhängigkeit und Verantwortlichkeit.

Besondere Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang der von Dr. Mija Sukovic gehaltene Vortrag zum Thema "Independence and elections of judges – new constitutional and legal solutions", bei dem es um die Frage ging, welche Vorschriften die neue Verfassung der Republik Montenegros enthalten müsse, damit die richterliche Unabhängigkeit optimal und umfassend rechtlich geschützt ist. Dr. Sukovic griff dabei auf seine Arbeit im Verfassungsrat zurück, dem er vorgesessen hat: Der Verfassungsrat hat Ende September 2006 seine Arbeit eingestellt. Er hat einen Expertenentwurf für eine neue Verfassung Montenegros ausgearbeitet, der gegenwärtig dem Verfassungsausschuss zur Diskussion und Überarbeitung vorliegt.

Dr. Sukovic hob in seinem Vortrag die Bedeutung verfassungsrechtlicher Vorschriften über die Richter(aus)wahl für den effektiven Schutz der richterlichen Unabhängigkeit hervor. Die Vorschläge, die er diesbezüglich vorgetragen hat – Letztentscheidungsrecht des Parlaments; Mitspracherecht der Staatsanwälte; Kontrollrecht des Justizministeriums – lösten eine kontroverse Diskussion aus. Der Vorschlag zur Beteiligung des Parlaments an der Richterauswahl stieß angesichts der damit verbundenen Gefahr der Politisierung des Auswahlverfahrens auf be-

sonders große Kritik. Dr. Sukovic hielt dem entgegen, dass nur so gewährleistet werden könne, dass das Auswahlverfahren demokratischen Anforderungen genüge.

Die nachfolgenden Beiträge und Diskussionen sowie das Referat von Richter Stojanovic am zweiten Seminartag behandelten die persönlichen und sachlichen Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit das Recht eines jeden Bürgers auf ein unabhängiges, unparteiisches Gerichtsverfahren gewährleistet werden kann.

Zum Abschluss des ersten Seminartages hat die Berichterstatte Erfahrungen mit dem rechtlichen und tatsächlichen Schutz der richterlichen Unabhängigkeit aus den Programmländern des RSP SOE vorgetragen. Die Reaktionen hierauf zeigten, dass auch in Montenegro das Interesse an einem regionalen Informations-, Erfahrungs- und Literaturaustausch, der ein Ziel des Rechtsstaatsprogramms für Südosteuropa ist, groß ist.

2. Beitrag und Beteiligung von Polizei, Rechtsanwälten und Zivilgesellschaft an der gerichtlichen Umsetzung von Menschenrechten

Der zweite Tag des Rundtischgesprächs war zunächst der Rolle der Polizei bei der gerichtlichen Umsetzung von Menschenrechten gewidmet. Als Referenten hierfür konnten die Veranstalter den Rechtsberater des Polizeidirektors von Montenegro, Herrn Vladimir Vukotic, gewinnen. Dieser legte den Schwerpunkt seiner Ausführungen auf die strafverfahrensrechtlichen Anforderungen zum Schutz der Menschenrechte im vorgegerichtlichen Verfahren. Vukotic hob dabei hervor, dass Polizeibeamte die größte Gefahr liefen, bei ihrer Arbeit Menschenrechte zu verletzen. Dies sei zum Einen in einer unzureichenden technischen Ausstattung, z.B. von Verhör- und Untersuchungsräumen begründet; zum Anderen hätte es seine Ursache in mangelnden Kenntnissen der Beamten von nationalen Menschenrechtsschutzvorschriften – insbesondere solchen, die im Strafverfahrensrecht verankert seien. Diesbezüglich bestehe nach wie vor ein großer Schulungsbedarf.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDOSTEUROPA

STEFANIE RICARDA ROOS

Mai 2006

www.kas.de/soersp

www.kas.de

Ebenso interessant war das Referat mit anschließender Diskussion von Sinisa Bjekovic vom Menschenrechtszentrum der juristischen Fakultät in Podgorica zum Beitrag, den die Zivilgesellschaft bei der Umsetzung von Menschenrechten sowie dem Menschenrechtsmonitoring spielt. Die Ausführungen Bjekovic´s machten deutlich, dass sich in Montenegro – wiederum im Unterschied zu den Nachbarländern in der Region – bereits eine Partnerschaftsbeziehung zwischen öffentlichen Einrichtungen/Behörden und dem Zivilsektor entwickelt hat. Sie erlaubt es der Zivilgesellschaft, über konstruktive Kritik eine effektive Kontrolle über den öffentlichen Sektor auszuüben. Bjekovic betonte, dass bei aller – notwendigen – Kritik seitens der Zivilgesellschaft die Würde der öffentlichen Institutionen, insbesondere der Justiz stets geachtet werden müsse.

Die montenegrinischen Medien (Fernsehen und Zeitungen) haben über das Rundtischgespräch ausführlich berichtet.